

Auch neuer US-Plan birgt Gefahren für Irak

Volksgruppen könnten sich bei Regierungsbildung benachteiligt fühlen / Minister dringt auf stärkere Rolle der UN

Iraks Planungsminister Mehdi el Hafidh hat eine starke Rolle der Vereinten Nationen in seinem Land gefordert. Dies sei erforderlich, "damit der Transformationsprozess Aussicht auf Erfolg hat", so der Politiker.

VON ANDREA NÜSSE

Amman · 17. November · In der Tageszeitung *Al-Nadha* schrieb el Hafidh, die UN sollten vor allem bei der Überwachung künftiger Wahlen, bei der Wiederaufbau-Hilfe und beim Aufbau einer Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Die Mitglieder des irakischen provisorischen Regierungsrates hatten zuvor sich in einem Abkommen mit US-Zivilverwalter Paul Bremer auf einen politischen Zeitplan zur Übernahme der Regierungsgeschäfte geeinigt hatten.

Seit langem hatten sie darauf gedrängt, dass die USA die Macht an eine irakische Interims-Regierung übergeben, bevor eine Verfassung verabschiedet ist. Denn die Ausarbeitung einer Verfassung, die für alle ethnischen und religiösen Gruppen akzeptabel ist, erwies sich als schwierig und langwierig. Die Machtverteilung zwischen Zentralregierung und Regionen, die Rolle des Islam

und die territoriale Aufteilung des Landes in Provinzen oder Bundesstaaten gehören zu den offenen Fragen. Dies drohte die Übergabe der politischen Macht an die Iraker weiter zu verzögern. Auch fehlt dem 25-köpfigen Regierungsrat, der von den USA eingesetzt wurde, jegliche Legitimität. Wichtige politische und soziale Gruppen sind darin nicht vertreten. Die Entkopplung der langfristigen Aufgaben wie dem Ausarbeiten einer Verfassung von der dringend notwendigen Übergabe der Regierungsmacht an die Iraker hatte auch die "International Crisis Group" (ICG) gefordert. Die Nichtregierungsorganisation stützt sich dabei auf Gespräche mit irakischen Politikern und Vertretern von Gruppen, die nicht im Regierungsrat vertreten sind.

Der neue politische Zeitplan für Irak birgt jedoch auch Gefahren. Allgemeine Wahlen sind bis Ende Mai 2004 kaum zu organisieren, weil es keine aktuellen Wahlregister gibt. Daher sollen Stammesführer und lokale Verantwortliche in den 18 Provinzen aus den eigenen Reihen Mitglieder der provisorischen Volksversammlung wählen, die sich auf eine Interims-Regierung einigen soll. Dies könnte zu Spannungen führen, weil sich manche Gruppen unterrepräsentiert oder ausgeschlossen fühlen könnten.

Die verfassungsgebende Versammlung soll dagegen nach Angaben des Leiters des Irakischen Nationalkongresses, Ahmed Chalabi, in direkten Wahlen vom Volk bestimmt werden. Dies entspräche den Vorgaben des wichtigsten schiitischen Geistlichen, Ayatollah Ali Sitanis. Ob sich wirklich alle irakischen Kräfte darauf geeinigt haben, ist aber unklar. Kurden hatten gehofft, dass das Gremium von einer Regierung oder einem Regierungsrat bestimmt wird, was ihrer Stimme überproportional Gehör verschafft hätte. Der Politikwechsel der Amerikaner in Irak macht es nun auch denkbar, dass schon vor der Übergabe der Regierungsgewalt an die Interimsregierung im Juni 2004 irakische Sicherheitskräfte geschaffen werden, die dem Innenminister unterstehen.

Unterdessen gab ein Berater der US-Verwaltung in Irak, der Italiener Marco Calamai, sein Posten aus Enttäuschung ab. Die Übergangsverwaltung funktioniere nicht, beklagte er laut Zeitungsberichten.

Dossier: **Irak nach dem Krieg**

International: **UN fürchten um ihre Helfer**

International: **US-Soldaten durchkämmen Bagdad**



Truppen in Irak (FR-Infografik)

[document info]

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2003

Dokument erstellt am 17.11.2003 um 18:17:33 Uhr

Erscheinungsdatum 18.11.2003